

AKW Gösgen spaltet auch nach 50 Jahren

1973 setzten sich die Kräfte hinter der noch jungen Technologie durch: Die Politik beschloss den Bau eines Atomkraftwerks in Däniken. Ein Teil der Gesellschaft glaubte an Wachstum und winkende Steuereinnahmen. Die Kehrseiten sind Auswirkungen auf die Umwelt, das Risiko eines Unfalls und die bis heute ungelöste Frage nach der Entsorgung atomarer Abfälle. Die Gegnerseite des AKWs Gösgen begann sich zu organisieren. Zwei Zeitzeugen erinnern sich. Die Gegnerin der Atomkraft mochte sich für das Gespräch nicht mit einem Befürworter an den Tisch setzen. In einzelnen

Atomkraftwerks in Däniken. Ein Teil der Gesellschaft glaubte an Wachstum und winkende Steuereinnahmen. Die Gegnerseite des AKWs Gösgen begann sich zu organisieren. Zwei Zeitzeugen erinnern sich. In einzelnen Gesprächen geben die beiden dennoch einen spannenden Einblick in eine Zeit, die ein halbes Jahrhundert zurückliegt.

«Auch Fukushima war kein lustiges Happening»

Interview: Noël Binetti

Die Aktivistin früher Stunde wehrte sich Anfang der 1970er-Jahre gegen Atomkraft im Niederamt. Lore Lässer Oberholzer hat eine prominente Rolle in der Dokumentation «Gösgen – Ein Film über die Volksbewegung gegen Atomkraftwerke» aus dem Jahr 1978 inne. Lore Lässer Oberholzer ist in Schönenwerd aufgewachsen; seit über 20 Jahren lebt die heute 82-jährige in Solothurn.

Lore Lässer Oberholzer, was ist falsch an Strom aus Atomkraft?

Lore Lässer Oberholzer: Seit ich verstanden habe, dass Atommüll 30 000 oder mehr Jahre problematisch ist und gelegentlich werden muss, finde ich das eine moralische Frage. Eine Generation produziert Abfall, den eine Vielzahl von Generationen bewirtschaften muss. Ich nehme immer diesen Vergleich: Vor 2000 Jahren waren die Römer in Solothurn. Hätten die Atomkraftwerke gehabt, müssten wir noch immer auf die Lagerstätten aufpassen. Zudem passieren Unfälle. Auch Fukushima war kein lustiges Happening. Was von Menschen gemacht ist, hat Fehler.

Wie wurden Sie in den 1970er-Jahren zur Atomkraftgegnerin?

Ich kam mit dem Thema in Berührung, als die hiesigen Initianten eine Broschüre für den Bau eines AKWs in Gösgen verschickten. Später wurde der Verein Pro Niederamt gegründet und ich wurde Teil davon.

Wie war damals die Stimmung in der Bevölkerung?

Meine Familie und ich lebten etwa 2,5 Kilometer vom geplanten Standort entfernt. Wir konnten nicht glauben, dass so etwas in dicht besiedeltem Gebiet gebaut werden soll.

Wie wurde damals die Debatte um den Bau geführt und wie ehrlich wurde informiert?

Das war alles neu. Die Debatte war pikant, hochpolitisch und nicht lustig. Wir haben am eigenen Leib erfahren, wo die Grenzen der Schweizer Demokratie sind. Es gab kein Gesetz, auf das wir uns berufen konnten; die Mitsprache der Bevölkerung wurde ausgeschlossen. All unsere Einsprachen bis vor Bundesgericht wurden abgelehnt. Ich war an einer Versammlung im vollen Schönenwerder Casinosaal, an der sich alle dafür aussprachen, dass die Gemeinde Einsprache erhebt. Meine Eltern und viele Einzelpersonen, auch ich, erhoben Einsprache. Das nützte alles nichts.

Ja?

Ein Car voller Leute aus dem Niederamt machte sich auf zu einem Bittgang nach Bern, um gesammelte Petitionsunterschriften – nicht als Initiative, sondern als Zeichen – abzugeben. Sie wurden von Bundesrat Roger Bonvin empfangen. Seine Reaktion war: «Wir wollen dem Druck der Strasse nicht nachgeben.»

Wie formierte sich der Widerstand?

Die Informationslage war sehr einseitig. Eine Broschüre pries das Vorhaben sinngemäss als «sicher, umweltfreundlich und günstig» an. Daraufhin bekam ich ein erstes Telefon, und der Widerstand begann sich zu formieren. Wohl gemerkt: Die Leute in unserem Umfeld waren alles Freisinnige und einzelne von der CVP. Also aus dem bürgerlichen Lager. Die SP rund um den Regierungsrat und späteren Bundesrat Willi Ritschard war anfänglich für Atomkraft. Die schwenkten erst später um. Und die Grünen gab es noch nicht: Die Ökonomiepartei war eine Antwort auf diese Entwicklungen und ging aus unserer Bewegung hervor.

wurde kurzerhand umgetitelt; ich weiss nicht mehr, ob im Oltnen oder im Aargauer Tagblatt.

Wie fühlte es sich an als junge Lehrerin im Kanton Solothurn, als Sie sich inmitten einer Protestbewegung wiederfanden?

Wir waren alle unter Strom, im doppelten Sinne (*lacht*). Ich habe an der kaufmännischen Berufsschule in Wohlen unterrichtet und hatte einen guten Chef. Später fragte ich ihn einmal, ob er wegen meines Engagements nie Ärger bekommen hätte. Er antwortete: «Doch, viele haben angerufen.» Er habe mich aber stets verteidigt und den Anrufern ausgerichtet, dass ich nur

de. Leider nur in Solothurn; mein Mann war auch beim Bund fichtert. Ich konnte dann einsehen, wer mich gemeldet hat. Das war lächerlich und die Geschichten «handglismet». Da hiess es etwa: «Sie entstammt aus gutbürgerlichem Haus». Kleinkariert war das und dennoch eine Riesenschweineri.

Der Oktoberkrieg im Jahr 1973 und das damals von den Opec-Staaten verhängte Ölembargo verunsicherten die hiesige Arbeitnehmerschaft und spielten den Befürwortern des Atomkraftwerks in die Hände. Was denken Sie heute, wenn wegen des Ukraine-Kriegs und der Abhängigkeit von Russland noch



Lore Lässer Oberholzer, 82

Sie ist im Niederamt aufgewachsen. Vor 50 Jahren wehrte sie sich als junge Lehrerin gegen den «Gösgen»-Atomreaktor mit Kühlturm. Im Gespräch denkt sie über die Methoden der Bewegung von damals und jene der Klimakleber von heute nach.

SVP-Bundesrat und Energieminister Albert Rösti erklärte kürzlich in einem NZZ-Interview, eine Debatte um neue AKW sei heute «müsig, wenn nicht sogar kontraproduktiv». Was halten Sie davon?

Damit hat er recht.

Was sagen Sie zum Standortentscheid der Nagra für den Bau eines Endlagers für Atommüll im Gebiet Nördlich Lägern?

Ich bin bald so weit, dass ich sage: Irgendwo muss man diesen Güsel ja versorgen. Mir fehlt dafür Fachwissen. Marcos Buser, ein Geologe und Experte auf dem Gebiet der Kernenergie und der Entsorgung von Sonderabfällen, sagt, dass wir viel zu wenig darüber wissen, wie der Untergrund beschaffen ist. Doch die Geschichte wiederholt sich: Die betroffenen Standortgemeinden rechnen sich Gewinne und sinkende Steuern aus.

Menschen, die sich mit Leim vor Autos auf die Strasse kleben, um die Politik zum Handeln zu zwingen: Was denken Sie über moderne Methoden und Protestformen von Teilen der Klimabewegung?

(*lacht*) Das ist schon gewöhnungsbedürftig. Aber den Mut dieser Leute finde ich eigentlich ganz gut, sie machen Schlagzeilen. Auf solche Ideen kamen wir nicht. Als sich in Luzern im KKL zwei Aktivisten an das Pult des Dirigenten Vladimir Jurowski klebten, fand ich das toll und hatte Sympathien dafür.

Was legen Sie als Anti-Atom-Aktivistin der frühen Stunde den Jungen von heute ans Herz?

Sich engagieren. Nicht nur fluchen, sondern etwas machen. Mit Mut und Verve kann man etwas erreichen. Man muss auf der ganzen Linie wach sein und kritisch denken. Man darf nicht einfach glauben, «in Bern machen sie es schon recht». Unsere Wahl- und Abstimmungsrechte sind ein Riesprivileg.

Gehen Sie noch an Klimademos?

Manchmal schaue ich, wer von Solothurn hinfährt, und gehe mit. Zusammen macht das Spass. Aber ich gehe auch gerne in den Nationalpark und beobachte Tiere.

Zahlen zu Strom und Atom-Abfall

Bei der jährlichen Revision im KKG wird jeweils ein Fünftel der Brennelemente im Reaktor ausgetauscht. Seit der Inbetriebnahme 1979 wurden im KKG insgesamt 2241 Brennelemente eingesetzt und damit total 329 Milliarden Kilowattstunden Strom produziert. 968 der verbrauchten Brennelemente wurden in Sellafield (UK) und La Hague (F) wiederaufgearbeitet. Das restliche Material wird

«Der Dialog mit den Gegnern war bescheiden»

Interview: Noël Binetti

René Selig ist in Genf aufgewachsen und absolvierte ein Ingenieurstudium in Maschinenteknik in Köln. Später sammelte er Praxiserfahrung in einem deutschen Braunkohlekraftwerk. Zurück in der Schweiz war Selig unter anderem bei den florierenden Bally Schuhfabriken tätig. 1969 in den Däniker Gemeinderat gewählt, war seine Personalie von Beginn weg gefragt, als die Idee zum Bau eines Atomkraftwerks aufkam. Mit dem politischen Bausecheid vor 50 Jahren trat er in die Dienste der Atel und war am Bau des Kraftwerks beteiligt. Er wurde als «vierter Angestellter» ins Kader des Kernkraftwerks Gösgen (KKG) berufen und leitete ein Team von rund 70 Personen der Maschinenteknik. Zudem wirkte er als Vizedirektor. Selig war bis 1981 im Däniker Gemeinderat.

René Selig, rechneten Sie als Student damit, dass Sie einmal eine Karriere in einem Atomkraftwerk hinlegen?

René Selig: (*lacht*) Nein, das hätte ich nie gedacht.

Was waren Ihre ersten Aufgaben für das Kraftwerk?

Zu Beginn arbeiteten wir in Olten. In Däniken gab's ja noch keine Büros, nur eine riesige Baustelle. Für das Fundament mussten wir etwa 30 Meter in die Tiefe graben. Dazu wurde das Grundwasser abgesaugt. Ich erinnere mich, dass Niedergösgen plötzlich kein Wasser mehr hatte. Ich fasste die Aufgabe, eine Leitung über die Aare zu bauen, welche die Gemeinde wieder mit Frischwasser versorgte. Erst 1974 zügelten wir die Büros von Olten nach Däniken. Das braune Gebäude links vom Parkplatz steht noch heute.

Gab es in Ihrer Familie oder in Ihrem Umfeld auch Personen mit einer ablehnenden Haltung gegenüber dieser Technologie?

Nein, ich kann mich an niemanden erinnern.

Welchen Austausch pflegte der Gemeinderat mit den Gegnerinnen und Gegnern des Kraftwerks?

Im Grunde hat sich der Rat, so viel ich noch weiss, nicht allzu fest mit den

Gegnern auseinandergesetzt. Ich erinnere mich an grössere Kundgebungen, beim Areal selbst oder einmal bei den Bahngleisen. Da wäre es beinahe zu einem schlimmen Unfall mit einem Zug gekommen. Doch im Rat war die Opposition nicht spürbar.

Nach Beznau 1 und 2 war das KKG das erste Atomkraftwerk der Schweiz. Betrachtete man sich in Däniken als technologische Avantgarde?

Das würde ich so nicht sagen. Aber es gab viel zu tun. Ich flog fast jede Woche für Besprechungen nach Deutschland, zur Planerfirma, später zu Siemens. In der Schweiz hatte ich mit Motor-Co-

Hälfte, der Rest wurde an die umliegenden Gemeinden verteilt. Das führte zu Akzeptanz. Der Protest kam nicht von den Gemeinden. Einwohner eines Wohnquartiers hinter dem Kühlturm, auf dem Gebiet von Niedergösgen, wehrten sich. Sie erhielten eine Entschädigung für die erfahrenen Nachteile. Ansonsten gab es keine Prozesse.

Weil die Schweiz noch kein Atomgesetz kannte.

Das hat sicher eine Rolle gespielt. Beznau 1 und 2 waren schon in Betrieb. Da gab es mehr oder weniger keine grossen Probleme. Der Widerstand begann sich erst in «Gösgen» zu formieren.



René Selig, 89

Er war beruflich und politisch involviert, als das Kernkraftwerk Gösgen gebaut wurde. Er blieb dem Solothurner Atomkraftwerk bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1998 treu. In seinem Umfeld war niemand gegen die Atomkraft.

lumbus zu tun, die zur Holding der Atel wurde.

Wie erlebten Sie die Stimmung im Dorf gegenüber dem Vorhaben?

Im Gemeinderat von Däniken war die Stimmung positiv. Zumindest vordergründig war von uns niemand gegen das Kraftwerk. Geholfen hat sicher die Aussicht auf beachtliche Steuereinnahmen. Für den Gesamtgemeinderat organisierte ich eine Reise ins Ruhrgebiet, um den Mitgliedern einen Kühlturm zu zeigen. Hier kannte man das noch nicht.

Aus demokratischer Sicht: Fanden Sie den versäumten Austausch mit der Gegenbewegung nicht problematisch?

Der Dialog war tatsächlich bescheiden, das stimmt.

Wie machten sich in Däniken die Positionen oder der Druck der umliegenden Gemeinden bemerkbar?

Eigentlich gar nicht, die Gemeinden waren nicht tätig. Interessant war: Gegen Ende der Bauzeit kam die Frage nach der Verteilung der Steuereinnahmen auf. Ein Abkommen wurde ausgehandelt. Däniken erhielt etwa die

merkt kein Mensch. In der Schweiz sieht es anders aus.

Was ist Ihr Vorschlag?

Ich bin der Meinung, man sollte bald bauen. Aus meiner Sicht ist das kein grosses Problem. Als «Gösgen» gebaut wurde, rechnete man mit 40 Jahren Betriebszeit und damit, dass bis dahin Fusionskraftwerke kommen mit immenser Leistung, auf Basis von Wasserstoff. Dieser hat eine Zerfallszeit von Sekunden. Leider ist die Entwicklung noch nicht so weit. Aktuell werden in Frankreich und in den USA zwei solche Kraftwerke gebaut. Das ist hochinteressant und wäre für die Zukunft der Energie fantastisch: kein Abfall, viel

führte. Man sagte mir, das Bauwerk stehe hier zum Schutz vor Tsunamis. Deswegen erstaunte mich der Unfall in Fukushima.

Trotzdem kam es zur Havarie.

Der Standard dort ist vergleichbar mit unserem, die Arbeitsweise unterscheidet sich etwas im Vergleich zur Schweiz. Man muss wissen: Ein Atomreaktor lässt sich ohne Strom nicht herunterfahren. Darum gibt es in Gösgen acht unabhängige Notstromkreisläufe. Vier befinden sich auf dem Gelände, weitere vier ausserhalb. Ich darf nicht sagen wo. Fukushima hatte ein Notstromsystem, das im Maschinenhaus war, und dieses wurde überschritten. Bei uns würde man das niemals so kopizieren. Ich besichtigte auch Kraftwerke in Russland. Unter dem Strich mussten wir sagen, dass auch dort gute Arbeit geleistet wurde.

Welche Erkenntnisse resultierten aus dem Austausch für «Gösgen»?

Die Erkenntnis war für uns nur in beschränktem Ausmass anwendbar; wir veränderten unsere Abläufe nicht.

Muss die Schweiz den Bau neuer Kernkraftwerke diskutieren?

Ja. Mich wundert, dass Fusionskraftwerke in der Schweiz kein Thema sind. Gehen jene in Frankreich und in den USA in Betrieb, könnte das Auswirkungen haben. Heute geht man davon aus, dass saubere Fusionskraftwerke bis 2050 realistisch sind. Das wird auch nötig sein: Wenn alle Fahrzeuge, die heute in Betrieb sind, elektrisch werden, benötigen wir die doppelte Menge Strom. Woher soll der kommen? Ich bin auch für Windkraft, obwohl die Schweiz dafür nicht das geeignetste Land ist. Trotzdem kann diese Technologie – gerade im Winter – wichtig für uns werden.

Teilen Sie eine unbekannt Anekdote Ihrer KKG-Zeit?

Während der Bauzeit hatten wir einen Vertrag, der 330 Seiten lang war. Immer wieder tauchte zwischen dem KKG und den beteiligten Baufirmen die Frage auf, wer was bezahlt. Also bildeten wir ein Gremium, das aus vier Vertretern des KKG – dazu gehörte ich – und vier Vertretern der Firmen bestand. Etwa zweimal im Jahr trafen wir uns für ein Wochenende an Orten wie Hamburg oder St. Moritz, um die anstehenden Fragen zu klären. Wir führten Verhandlungen, bis Sonntagabend waren wir uns einig. Dazu ist wichtig zu wissen: In Leibstadt wurden für solche Gespräche 25 Anwälte angeheuert.

Stehen Sie heute noch in Kontakt mit dem KKG?

Eigentlich nicht. Von hier aus dient mir der Blick auf die Dampfmaschine des Kühlturms als Wetterstation: Zieht die Wolke nach rechts, wird es Schlechtwetter und umgekehrt. Wenn Ehemalige auf Ausflüge gehen, nehme ich in der Regel noch immer daran teil. Zuletzt waren wir auf dem Brienzener Rothorn, mit der Dampflok.

Energie. Das Kernproblem besteht darin, dass Temperaturen bis fünf Millionen Grad erzeugt werden müssen.

Noch einmal zur Endlagerung: Die Folgen bleiben für Tausende Jahre bestehen, unzählige Generationen müssen den Abfall von heute managen. Ein fairer Deal?

Wir möchten schon lange ein Abfalllager. Die jetzige Generation sollte dafür bezahlen und nicht die kommenden. Es wäre wünschenswert, wir könnten das Endlager bauen, solange unsere Kraftwerke noch in Betrieb sind. Den Unterhalt danach schätze ich nicht als wahn-sinnig teuer ein. Aber ich werde das nicht mehr erleben. Was mich wundert: Wir forschen im Weltall, Millionen Kilometer entfernt. Doch was im Erdinneren ist, wird kaum bis gar nicht erforscht.

Was sagen Sie zu Katastrophen wie in Tschernobyl und in Fukushima?

Nach dem Unfall in der Ukraine fand ein internationaler Erfahrungsaustausch statt. Ich war in diesem Kontext auch in Japan. Man zeigte uns dort ein Kraftwerk, das am Meer gebaut war. Daneben stand eine riesige Mauer aus Beton, 20 Meter hoch, die ins Meer